

## **Covid- 19 in Mexiko, Stand 31.03.2020**

Erstellt von Sabrina Spitznagel, Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko

Nach offiziellen Quellen zählt Mexiko zu aktuellem Zeitpunkt (Stand 31.03.20) 1.094 bestätigte Fälle von Covid-19. 28 Personen sind an dem Virus bereits gestorben. Es wird von 2.753 Verdachtsfällen von Covid-19 gesprochen. (<https://www.milenio.com/>)

Am 30.03.20 wurde in Mexiko aufgrund der Pandemie der nationale Gesundheitsnotstand ausgerufen. Das Zeitfenster der Gültigkeit der “Jornada de Sana Distancia“ wurde vom 19. April auf den 30. April ausgeweitet. Dem Gesundheitsministerium wurde die Kompetenz übertragen, über alle notwendigen Maßnahmen zu entscheiden und sie bekannt zu geben. (<https://aristeguinoticias.com/3003/mexico/gobierno-declara-emergencia-sanitaria-nacional-por-causa-de-fuerza-mayor-en-el-pais-por-coronavirus-video/>)

AMLO zeigte sich in der Anfangsphase trotz bereits bekannter Covid-19 Fälle in Mexiko über einen langen Zeitraum hinweg unbesorgt und verkündete Maßnahmen, die von Gesundheitsbehörden empfohlen wurden. Während bereits viele Bars, Restaurants und Diskotheken geschlossen waren, forderte AMLO die Bevölkerung auf weiterhin auszugehen, sofern finanziell möglich, um so die Wirtschaft anzukurbeln. Laut HRW verweigert er der Bevölkerung den Zugang zur Wahrheit und den möglich drohenden Folgen des Virus, siehe <https://www.hrw.org/es/news/2020/03/26/mexico-los-mexicanos-necesitan-informacion-veraz-sobre-el-covid-19>)

AMLO scheint nun seine Haltung zu ändern und zeigt nun mehr Bewusstsein für die Gefahr, die vom Virus in jeglicher Form ausgeht. Er wiederholt immer wieder den Aufruf, dass die mexikanische Bevölkerung zu Hause bleiben soll, sofern die Menschen nicht eine unabdingbare Funktion innehaben und im Gesundheitswesen oder im Sektor der öffentlichen Sicherheit arbeiten. Er selbst hingegen werde weiterhin seinen Aufgaben unter Befolgung der “sana distancia“ nachkommen. Er kündigte an, dass Mexiko von einer immensen Wirtschaftskrise getroffen werden wird. Hierbei möchte er drastische wirtschaftliche Folgen soweit wie möglich abfedern. Die Rede ist hier von konkreten Summen für Kredite, die den Firmen sowohl im formellen als auch informellen Sektor zur Verfügung gestellt werden sollen. Die arme Bevölkerung soll besonders geschützt, unterstützende Programme werden fortgesetzt.

(<https://www.jornada.com.mx/ultimas/politica/2020/03/28/en-sonora-amlo-advierte-fuerte-crisis-economica-a-causa-del-covid-19-8278.html>)

Das mexikanische Unternehmertum steht den Versprechungen von AMLO kritisch gegenüber. Es fordert konkrete und zeitnahe Handlungen. Die Unterstützungen wären bisher sehr zurückhaltend und ohne klare Strategie gewesen. Die Regierung solle schnell finanzielle Hilfe leisten, um so Auswirkungen der Arbeitslosigkeit abzumildern. (<https://www.proceso.com.mx/623702/sin-plan-gubernamental-contrala-contingenciasalazar-lomelin>)

Während auf nationaler Ebene nach wie vor die Empfehlung gilt, zu Hause zu bleiben und sich gegebenenfalls selbst zu isolieren, wurden in Yucatán drastischere Maßnahmen getroffen. Personen, die positiv auf Covid-19 getestet wurden, oder bei denen sich Symptome des Virus

zeigen, und die sich trotzdem in der Öffentlichkeit bewegen, drohen Geldbußen und gegebenenfalls sogar eine Haftstrafe bis zu drei Jahren. Durch ihr Verhalten würden sie die Bevölkerung von Yucatán in Gefahr bringen. Auf nationaler Ebene ist ein solches Durchgreifen noch nicht geplant. Laut Gesundheitsministerium sei Mexiko noch nicht in einem Ausnahmezustand, weshalb die Menschenrechte weiter geachtet und nicht eingeschränkt werden sollten. (<https://www.eluniversal.com.mx/nacion/sociedad/amlo-sera-quien-determine-el-uso-de-fuerza-en-mexico-por-covid-19-salud>)

Die verschiedenen Handhabungen im Allgemeinen auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene werden von manchen nationalen Parteien angeprangert. Sie fordern, dass die Regierung mit den einzelnen Bundesstaaten zusammen eine Strategie entwickeln soll, um zu verhindern, dass Vandalismus, Chaos und eine allgemeine Hysterie ausbrechen.

(<https://www.eluniversal.com.mx/nacion/politica/piden-estrategia-nacional-ante-virus>)

Offiziell gilt nun die Phase 2 der Pandemie als erreicht. Seitens medizinischen Personals erfolgen nach wie vor Beschwerden, dass es an grundlegender Ausstattung mangelt, um dem Coronavirus vorbereitet entgegenzutreten zu können. Aktuell wird die Strategie verfolgt konkrete Krankenhäuser als Behandlungszentren von Covid-19 zu nutzen, um so andere Patient\*innen weiterhin behandeln zu können. Diese speziell für die Behandlung von Covid-19 ausgewählten Krankenhäuser werden jedoch bei Corona-Fällen oft nicht aufgesucht, stattdessen das nächstgelegene Krankenhaus. (<https://www.proceso.com.mx/623770/personal-medico-estados-covid-19>).

Seitens der Gesundheitsbehörden wird ein Konzept entwickelt, das einen Überblick geben soll, wie und welches medizinische Personal sich um schwere Fälle von Corona-Patienten kümmern wird. (<https://www.milenio.com/salud/coronavirus-en-mexico-reconversion-hospitaliaria-ques>)

Die Arbeit von Behörden sowie öffentlichen Institutionen wird eingeschränkt und Vorhaben verschoben. So werden Wahlen verschoben und auch die Bearbeitung von Anträgen von Organisationen, die zur national anerkannten Partei werden möchten etc.

Auch die Regierung schränkt ihre Aktivitäten weitmöglichst ein, nur im Anbetracht des Covid-19 notwendige Aufgaben sollen weiterhin verfolgt werden. Es erfolgt keine weitere Ausgabe von Pässen und keine Bearbeitung von Asylanträgen mehr.

([https://www.lajornadanet.com/index.php/2020/03/26/el-gobierno-de-mexico-suspende-todas-sus-actividades-excepto-las-esenciales-por-el-coronavirus/#.XoG\\_7G5uJPY](https://www.lajornadanet.com/index.php/2020/03/26/el-gobierno-de-mexico-suspende-todas-sus-actividades-excepto-las-esenciales-por-el-coronavirus/#.XoG_7G5uJPY))

Auch im Bereich der Menschenrechte hat die Stilllegung aller nicht notwendigen Institutionen Folgen, so zum Beispiel im Fall von Anna Paola. Ihre Mutter und ihre Schwester wurden Anfang des Jahres Opfer von Feminiziden. Aufgrund der Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus wurden alle Termine der Staatsanwaltschaft abgesagt. Somit bleibt Anna Paola der Zugang zu rechtlicher Hilfe verwehrt. Auch zur "Comisión Nacional de Atención a las Víctimas" hat sie keinen Zugang. Somit erhalten sie und ihre Großeltern weder wirtschaftliche, therapeutische noch rechtliche Unterstützung. (<https://www.eluniversal.com.mx/metropoli/sin-fecha-audiencias-para-indagar-feminicidios>)

Es wird inzwischen von einem Virus gesprochen, dessen Ausmaß und Folgen verschiedene soziale Schichten unterschiedlich stark treffen werden. Während zunächst die privilegierteren Schichten den Virus bekommen, aufgrund Auslandsreisen etc. und zu Beginn der Pandemie

aufgrund eigener finanzieller Mittel und noch ausreichenden Ressourcen der Krankenhäuser gut behandelt werden können, trifft es Personen unterer Schichten härter. Sie stehen am Ende der Infektionskette. (<https://www.proceso.com.mx/623565/el-covid-19-es-un-virus-clasista>).

Seitens Menschenrechtsorganisationen werden auf die Mängel des Gesundheitssystems und die Benachteiligung mancher Bevölkerungsgruppen aufmerksam gemacht. Transparenz soll in jeglicher Hinsicht herrschen und die Bevölkerung über die aktuelle Situation vollständig und wahrheitsgemäß informiert werden (<http://www.tlachinollan.org/opinion-covid-19-y-la-fragilidad-del-sistema-de-salud-publica/>) Auch wird betont, dass die Menschenrechtsarbeit trotz aktueller Bedingungen weitergeführt wird. (<https://redtdt.org.mx/?p=15298>)